

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 98. Ratssitzung vom 10. Juni 2020

2592. 2018/155

Weisung vom 18.04.2018:

Schul- und Sportdepartement, Volksinitiative «Sportstadt Züri», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Sportstadt Züri» vom 12. September 2017 wird abgelehnt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung über Dispositivziffer 1:

Stefan Urech (SVP): *Wir kommen bereits jetzt in den Genuss des Filetstücks der heutigen Ratsdebatte. Garniert man dieses Filetstück noch mit Nudeln, Gemüse und einem Glas Wein, dann muss man bekanntlich am nächsten Tag Sport treiben – sei es für die gute Figur oder das gute Gewissen. Genau um dieses Kalorienverbrennen geht es in der Weisung. Der Zugang zum Sport in der Stadt Zürich, sagt die Partei der Arbeit, sei in der Stadt nicht allen Bevölkerungsschichten gleich gewährleistet. Menschen mit einem kleineren Einkommen könnten nicht ins Hallenbad oder auf ein städtisches Eisfeld, weil schlicht und einfach der Eintritt zu teuer sei, wenn man mit der ganzen Familie gehen möchte. Nicht zuletzt aus gesundheitsfördernden Gründen fordert die Partei der Arbeit mit ihrer Initiative den kostenlosen Zugang zu allen Sport- und Badeanlagen für alle Einzelpersonen und Familien aus Zürich, der Schweiz und der ganzen Welt und für alle Stadtzürcher Sportvereine, die erstens nicht gewinnorientiert sind und zweitens mit Einnahmen von unter 100 000 Franken auskommen. In der Weisung, die wir heute behandeln, begründet der Stadtrat, warum er diese Initiative ablehnt. In allererster Linie weist er darauf hin, dass die Stadt Zürich bereits heute viel für die Sportförderung tut. Sportanlagen werden mit 82 Prozent subventioniert. Die Stadt subventioniert Badeanlagen mit einem Subventionierungsgrad von 65 Prozent – die Stadt bezahlt also 65 Prozent der Ticketpreise. Zudem betreibt sie bereits heute fünf Gratisbäder. Der Stadtrat beruft sich in seiner Ablehnung ausserdem auf eine grossangelegte Umfrage in der Bevölkerung zum Thema Sport. Die Ergebnisse dieser Befragung sind spannend und für diese Debatte von grosser Relevanz. Sie bestätigt die Initianten der Partei der Arbeit insofern, dass es bei Personen mit einem tiefen Bildungsstand oder einem tiefen Einkommen, einen überdurchschnittlich hohen Anteil Nicht-Sportler gibt. Die Befragung zeigt aber auch, dass von all jenen, die sich selbst als Couchpotatoes, Stubenhocker oder Nicht-Sportler bezeichnen, gerade mal ein Prozent finanzielle Gründe für ihre sportliche Inaktivität geltend macht. Die grosse Mehrheit derer, die sagen, sie treiben keinen regelmässigen Sport, nennen gesundheitliche Gründe, Zeitmangel oder keine Lust auf Sport. Den Stadtrat erstaunt dieses eine Prozent mit finanziellen Gründen nicht – er weist in der*

Weisung darauf hin, dass der Vereinsjugendsport gratis ist, dass man mit einer Kulturlegi bereits heute 50 Prozent Rabatt auf alle Eintritte erhält – einer finanzschwachen Familie wird also mit einer Kulturlegi zusätzlich zum bereits hohen Subventionierungsgrad 50 Prozent Erlass gewährt. Es würde dann noch vier Franken kosten, um im Hallenbad City ein paar Längen zu schwimmen. Der Stadtrat sorgt sich ausserdem um die Sogwirkung der Initiative mit ihrer Öffnung der Frei- und Hallenbäder, Eisbahnen und der bereits heute randvollen Becken der Stadt Zürich. Der Stadtrat kann auch mit der Definition der nicht-gewinnorientierten Vereinen und der Grenze von 100 000 Franken nicht viel anfangen und sagt, dass dies zu Verwirrungen führen wird. Zusammenfassend lehnt der Stadtrat die Initiative ab, weil sie aus seiner Sicht erstens nicht zielführend und in Sachen Vereinssport impraktikabel ist. Nicht zuletzt lehnt er die Initiative ab, weil sie mit 10 bis 15 Millionen Franken Einnahmehausfall jährlich extrem teuer zu stehen käme. Der Stadtrat bittet uns darum, die Initiative abzulehnen. Ich komme nun zur Begründung der Mehrheit der Kommission, die Ihnen die Zustimmung zur Dispositivziffer 1 empfiehlt. Stimmen sie dieser Ziffer zu, stimmen sie der Weisung zu und lehnen damit die Initiative ab. Die Mehrheit besteht aus zwei Teilen: Ein ganz kleiner Teil, zu der ich persönlich gehöre, kann der Argumentation des Stadtrats voll und ganz folgen und lehnt die Initiative prinzipiell ab. Der grosse Teil der Mehrheit, die ich hier als Sprecher vertrete, konnte sowohl den Argumenten des Stadtrats als auch den Argumenten der Initianten, also der Partei der Arbeit, folgen und stellte während der Kommissionsberatung den Antrag, dass die Kommission einen Gegenvorschlag ausarbeitet. Dieser Antrag wurde angenommen und ein Gegenvorschlag ausgearbeitet. Zu dessen Inhalt wird später Ursula Näf (SP) mehr sagen. Der grosse Teil der Mehrheit empfiehlt Ihnen, die Initiative abzulehnen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung über Dispositivziffer 1:

Urs Riklin (Grüne): Der Stadtrat empfiehlt dem Parlament die Ablehnung der Sportstadtinitiative. Ich spreche für die Minderheit der Kommission, also der Grünen, die die Ablehnungsempfehlung des Stadtrats ablehnt. Das heisst, wir Grünen unterstützen die Initiative, weil wir deren Anliegen für richtig halten. Wie wir gehört haben, verlangt die Initiative im Grundsatz zwei Dinge. Erstens soll der Eintritt in die Badis und Hallenbäder gratis sein, zweitens sollen Sportvereine keine Gebühr entrichten müssen, wenn sie eine Sportanlage nützen möchten. Die Initiantinnen und Initianten begründen das Anliegen damit, dass mit der Aufhebung der Eintrittsgebühr die sportliche Aktivität in der Bevölkerung gefördert werden soll und insbesondere der Zugang für finanziell schwächer Gestellte verbessert wird. Ich bin der Meinung, dass es für die Ziele der Initiative, nämlich die sportliche Aktivität und Gesundheit in der Bevölkerung zu fördern, hier im Saal ein breiter Konsens besteht. Gerade diese Woche konnten wir erfahren, dass die Bewegungsaktivität in der Schweizer Bevölkerung zugenommen hat und dass erfreulicherweise mehr Personen einer sportlichen Aktivität nachgehen. Wir wissen aber auch, dass nicht alle Personen gleich viel Sport betreiben. Dies ist stark von der sozialen Herkunft, vom Bildungsstand und vom Einkommen abhängig. Die Frage, die uns mehr umtreibt, ist aber nicht zwingend, ob mit der Aufhebung der Eintrittsgebühr eine neue Sportbegeisterungswelle losgetreten wird oder nicht. Die Frage ist vielmehr, warum wir für etwas, das wir für gut und erstrebenswert halten, bezahlen müssen. Wieso müssen wir

Geld dafür bezahlen, um Fussball zu spielen oder im See zu schwimmen? Schaffen wir es aus kulturhistorischen Gründen nicht, als Gemeinschaft das erstrebenswerte Gut für alle zur Verfügung zu stellen? Ist es nicht gut, wenn sich möglichst viele Leute körperlich aktiv betätigen können? Ist es nicht cool, wenn es den Leuten gut geht und sie sich wohl fühlen, weil sie einfach in die Badi gehen können, um dort erholsamen Tätigkeiten nachzugehen oder soziale Kontakte zu pflegen? Dies sind Grundsatzfragen, die man in sehr vielen Bereichen stellen könnte: Ob es nun darum geht, wie viel jeder von uns für die Schulbildung bezahlen soll oder ob die Benützung der Strasse etwas kosten soll. Je mehr Geld wir für etwas bezahlen müssen, umso ungleicher wird der Zugang zu einem Gut. Dass Geld in der Bevölkerung sehr ungleich verteilt ist, wissen wir nicht erst seit der Lektüre von Thomas Piketty. Wir finden es darum wichtig, dass der Zugang zu Sport und Badeanlagen möglichst niederschwellig gehalten wird und allen offensteht. Es mutet uns nicht richtig an, dass wir in der Vergangenheit das Seeufer in private Grundstücke umgewandelt haben, die jetzt nicht mehr zugänglich sind. Jetzt stehen wir hier und sagen: Wenn du baden gehen möchtest, musst du etwas bezahlen. Das wirkt absurd. Der Zugang zu Wasser – sei es zum Trinken oder zum Baden – soll nicht von sozioökonomischen Faktoren abhängig sein. Darum unterstützen wir Grüne das Anliegen der Initiative. Wir finden auch, dass die rund 400 Sportvereine, die in der Stadt Zürich aktiv sind, wertvolle und gute Arbeit leisten. Sie bieten ein unglaublich breites und vielfältiges Angebot an sportlichen Aktivitäten an und sind aus sozialer Perspektive wichtig für unser Zusammenleben. Wir finden es darum richtig, dem Vereinssport den Rücken zu stärken und den Vereinen dank der Gebührenbefreiung ermöglichen, ihr Sportangebot preisgünstig zur Verfügung zu stellen. Bei Kindern und Jugendlichen ist das bereits weitgehend Realität, wir finden aber, dass dies auch im Erwachsenensport erstrebenswert ist. Uns ist bewusst, dass dies nicht einfach gratis ist und etwas kostet. Wir sind aber der Ansicht, dass wir dies als Gemeinschaft durchaus bewerkstelligen und so den Zugang zu Sportanlagen und Badeanstalten kostenfrei machen können. Denn wir finden es super, wenn sich die Leute mehr bewegen können und Sport treiben und wir finden es auch super, wenn der Feierabendschwimm mit der Familie nicht gleich 24 Franken kosten muss. Das Ganze bringt mehr Lebensqualität und Lebensqualität, ist genau das, was wir Grüne in der Stadt Zürich fördern möchten. Darum möchten wir Ihnen empfehlen, den Antrag des Stadtrats zur Ablehnung der Initiative abzulehnen und damit die Initiative zu unterstützen. Falls Ihnen die Initiative doch zu weit gehen sollte, dann empfehlen wir Grünen die Zustimmung zum Gegenvorschlag, den Ursula Näf (SP) vorstellen wird, den die Grünen zusammen mit AL und SP ausgearbeitet haben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Es geht hier um zwei Geschäfte. Zum einen um die Initiative und zum andern um den Gegenvorschlag. Ich möchte zur Initiative ein paar Worte verlieren. Wir in der Stadt Zürich – und gerade im Sportamt –unternehmen unglaublich viel für den Jugendsport und die Sporttätigkeit, und sehen, dass die Sportanlagen unglaublich gut genutzt werden. Das freut uns sehr und wir unternehmen auch viel, damit diese Sportanlagen gut genutzt werden. Für uns ist es genauso erstrebenswert, dass sich die Leute viel bewegen und im See schwimmen gehen. Mir ist nicht bekannt, dass wir in der Stadt Zürich viele private Seeanstösler hätten: Sie können überall in den See gehen.*

Die Badeanlagen sind ausserdem nicht kostenpflichtig, weil der See kostenpflichtig ist, sondern weil man dort eine Dienstleistung erhält: Wir tragen insbesondere die Verantwortung, dass die Schwimmenden entsprechend beobachtet werden und keine Unfälle passieren; wir haben Garderoben; der Rasen wird gepflegt. Dies sind minimale Dienstleistungen, die viel kosten. Der Kommissionspräsident hat es erwähnt, die Subventionierung ist hoch: Zwischen zwei Dritteln bis zu 85 Prozent. Wir haben sehr viele Vergünstigungen – denken Sie an die Kulturlegi. Wer wenig Einkommen hat, kommt für 30 Rappen zu einem Eintritt in eine Badeanlage. Es sind sehr, sehr tiefe Beträge. Wir vom Sportamt haben eine Umfrage gemacht und der finanzielle Hinderungsgrund ist praktisch null – ein Prozent sagt, sie treiben keinen Sport aus finanziellen Gründen. Ansonsten wurde dies praktisch nie erwähnt. Wir haben ein System, das unglaublich gut funktioniert. Würde man eine solche Initiative annehmen, schafft man neue und erhebliche Probleme – ich werde dies im Zusammenhang mit dem Gegenvorschlag noch erläutern. An Spizentagen sind die Freibäder voll – würden diese gratis gemacht werden, hätten wir einen zunehmenden Badetourismus, der nicht zu unterschätzen ist. Wir müssten ein Crowdmanagement einführen: Das heisst, wir müssten gerade dann irgendwann schliessen, wenn die Bürgerinnen und Bürger in die Badeanstalten gehen wollen. Dies, weil die Anstalten voll sind. Bis jetzt mussten wir dies nicht tun. Das gilt übrigens auch für die Sportanlagen: Wenn alles gratis ist, muss das Sportamt bestimmen, wer wann wo rein kann. Man müsste gänzlich neue Regeln aufstellen. Heute gibt es ein gewisses Korrektiv über den kleinen Preis – es handelt sich nur um kleine Beträge, die bei den Sportvereinen auch nur einen kleinen Teil des Budgets ausmachen. Aber sie bestellen nicht auf Vorrat irgendwelche Anlagen und dies wäre anschliessend der Fall. Man müsste das ganze System also umkrepeln. Die grossen Bäder wie Mythenquai und Tiefenbrunnen wären sehr schnell Eventorte. Beahlt man keinen Eintritt, verändert sich die Nutzung. Betrachtet man das Beispiel München, das es freigegeben hat und nun zurückrudern und die Anlagen kostenpflichtig machen muss. Dies, weil die Anlagen völlig anders genutzt werden. Der Schuss ging also nach hinten los. Darum empfehle ich Ihnen die Ablehnung der Initiative. Die Diskussion über den Gegenvorschlag werden wir noch führen.

Kommisionmehrheit Änderungsanträge 1–2 / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung über Dispositivziffer 2:

Ursula Näf (SP): *Ich darf Ihnen den Gegenvorschlag zur Initiative «Sportstadt Züri» vorstellen, der von einer Mehrheit der Kommission PRD/SSD unterstützt wird. Der Gegenvorschlag nimmt den zentralen Gedanken der Initiative auf, nämlich: Sport sollte für alle Menschen in der Stadt Zürich zugänglich sein – unabhängig von ihren finanziellen Mitteln. Diese Zielsetzung zeigt sich schon im ersten Absatz des Gegenvorschlags, der so von der Initiative übernommen wurde. Dort heisst es: Die Stadt Zürich soll sportliche Betätigung fördern, insbesondere von Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen. Mit konkreten Massnahmen setzt der Gegenvorschlag an zwei Orten an – an den gleichen, an denen auch die Initiative ansetzt. Zum einen bei den Eintritts für Einzelpersonen, zum andern bei Gebühren für Sportvereine. Zuerst zu den Einzeleintritten: Freibäder sollen gemäss dem Gegenvorschlag für alle gratis sein. In diesem Punkt stimmen die Initiative und der Gegenvorschlag überein: Wer im Sommer in die Badi möchte,*

soll dies tun, ohne finanziellen Hürden zu begegnen. Die Stadt Zürich kennt das System der Gratiseintritte bereits bei den Flussbädern Oberer und Unterer Letten, Werdinsel, Schanzengraben und Katzensee. Diese Praxis soll gemäss dem Gegenvorschlag auf alle Freibäder ausgeweitet werden. Für alle anderen, von der Stadt betriebenen Sport- und Badeanlagen, beispielsweise Hallenbäder, werden spezifische Personengruppen vom Eintritt entlastet. Zum einen sind dies Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 20, die gratis Zugang erhalten sollen. Damit sollen Familien entlastet und junge Menschen motiviert werden, sich sportlich zu betätigen. Die andere Personengruppe, die gemäss dem Gegenvorschlag künftig keine Eintritte mehr bezahlen sollen, sind Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen. Auch da setzt der Gegenvorschlag bei einer Praxis an, die die Stadt Zürich heute schon kennt. Heute kommt man mit der Kulturlegi für die Hälfte des Eintrittspreises in die Sport- und Badeanlagen rein. Die Umsetzung könnte so aussehen, dass Leuten mit einer Kulturlegi der Eintrittspreis erlassen wird. Diese beiden Ermässigungen gelten nur für Leute, die in der Stadt Zürich wohnhaft sind. Soviele zu den Bestimmungen des Gegenvorschlags für Einzelpersonen – nun zu den Sportvereinen. Die Initiative schlägt vor, dass Sportvereine keine Benutzungsgebühren für Sportanlagen bezahlen sollen, wenn sie Einnahmen von unter 100 000 Franken haben. Schon in der Weisung beleuchtet der Stadtrat die Grenze von 100 000 Franken kritisch. Ein grosser Verein kann grosse Einnahmen haben, ohne automatisch ein reicher Verein zu sein. Der Gegenvorschlag sieht darum vor, allen städtischen Sportvereinen oder Organisationen die Benutzungsgebühren zu erlassen, ohne eine Einnahmegränze festzulegen. Davon profitiert indirekt ein grosser Teil der Bevölkerung. Von den Stadtzürcher Kindern und Jugendlichen sind nämlich die Hälfte in einem Sportverein und von den Erwachsenen ein Fünftel. Man entlastet auch die Vereine an sich, die einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass sportliche Betätigung stattfindet und der soziale Zusammenhalt und die gesellschaftliche Integration funktioniert. Im Text des Gegenvorschlags heisst es, der Gebührenerlass gelte für nicht-kommerzielle Zwecke. Darunter ist zu verstehen, dass Gebühren erlassen werden, wenn die Anlagen zum Sportzweck genutzt werden. Wenn sie hingegen für einen Erwerbszweck genutzt werden oder ein Gewinn angestrebt wird, wäre von einer kommerziellen Nutzung auszugehen. Im Text des Gegenvorschlags steht auch, dass für besondere Nutzungen Gebühren erhoben werden können – namentlich für das Stadion Letzigrund. Eine besondere Nutzung kann eine Grossveranstaltung sein, für die weiterhin Miete verlangt werden kann – zum Beispiel für die Spiele des ersten Herrenteam des FCZ oder von GC im Stadion Letzigrund. Man kann also bei der heutigen Handhabung bleiben. Die Kosten für den Gegenvorschlag werden vom SSD auf 15 Millionen Franken veranschlagt. Der grösste Kostenpunkt sind dabei die Freibäder. Die entfallenen Einnahmen belaufen sich auf 6,4 Millionen Franken. Der Stadtrat geht zudem von Mehrkosten aus, weil die Besucherzahlen steigen würden. Durch diese Mehrkosten beliefe sich der Ertragsausfall auf 9,6 Millionen Franken. Die wegfallenden Eintritte in den restlichen Sport- und Badeanlagen für unter 20-Jährige und Personen mit kleinem Budget würden zirka 1,5 Millionen Franken betragen, wobei die Kosten nicht genau beziffert werden können und auch hier Mehrkosten miteinberechnet sind. 3,7 Millionen Franken kostet es, wenn städtische Sportvereine keine Benutzungsgebühren bezahlen müssten. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als wäre die Initiative mit 10 bis 15 Millionen Franken leicht günstiger als der Gegenvor-

schlag. Dazu muss man aber sagen, dass sich die beiden Zahlen nicht so leicht vergleichen lassen: Während bei den Kosten der Initiative nur die Ertragsausfälle beziffert werden, sind in den Zahlen des Gegenvorschlags auch Mehrkosten integriert. Zudem wurden für die Kosten des Gegenvorschlags aktuellere Zahlen verwendet. Sie stammen aus dem Jahr 2018, bei dem es sich um einen Rekordsommer handelt. Der direkte Vergleich der Kosten zwischen Gegenvorschlag und Initiative ist darum nicht ganz einfach. Fest steht, dass die Initiative bei den Einzuleintritten teurer kommt, der Gegenvorschlag bei den Sportvereinen. Man kann darum sagen, dass sich die Kosten in etwa auf dem gleichen Niveau bewegen. Die Kernidee der Initiative stiess bei einer Mehrheit der Kommission auf Anklang. Darum hat die Mehrheit den vorliegenden Gegenvorschlag ausgearbeitet und schlägt Ihnen heute vor, diesen zu unterstützen.

Kommissionsminderheit 1 Änderungsanträge 1–2:

Isabel Garcia (GLP): *Man merkt es: Sport bewegt und macht irgendwie auch kreativ. Darum darf ich Ihnen hier den zweiten Gegenvorschlag der Kommission zur vorliegenden Initiative «Sportstadt Züri» vorstellen. GLP und FDP schlagen Ihnen diesen Gegenvorschlag mit folgendem Wortlaut vor: Erstens, die Stadt Zürich setzt sich aktiv für die Förderung des Sports ein. Besonders gefördert werden der Jugend- und der Breitensport. Zweitens, die Benutzung der von der Stadt Zürich betriebenen Sport- und Badeanlagen durch städtische Sportvereine und andere städtische Sportorganisationen zu nicht-kommerziellen Zwecken ist unentgeltlich. Drittens, für besondere Nutzungen können Gebühren erhoben werden – namentlich für die Benutzung des Stadions Letzigrund. Was sind die Beweggründe von FDP und GLP, euch einen zweiten Gegenvorschlag zu unterbreiten? Das liegt vor allem darin begründet, dass die Volksinitiative ein wichtiges Anliegen thematisiert, das uns auch unterstützenswert erscheint, nämlich die Förderung von städtischen nicht-kommerziellen Sportvereinen und -organisationen. Es sind dies Vereine und Organisationen, die das Rückgrat der Sportbewegung in unserer Stadt bilden und damit auch das Rückgrat des Breitensports in der Stadt Zürich. Diese Organisationen werden durch den vorliegenden Gegenvorschlag 2 von GLP und FDP sowohl als Institutionen als auch in ihrer Funktion als Förderer von Breiten- und Mannschaftssport gestärkt. Alle städtischen, nicht-kommerziellen Sportvereine würden mit diesem Gegenvorschlag komplett von Gebühren zur Benützung von städtischen Sport- und Badeanlagen befreit. Diese zusätzliche Investition erscheint uns gerechtfertigt, und zwar angesichts der Tatsache, dass über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt genau in solchen Sportvereinen Mitglied sind und immerhin auch rund 20 Prozent der Erwachsenen. Das allein illustriert die zentrale Rolle, die den Sportvereinen im städtischen Breitensport zukommt. Die Sportvereine – auch das wurde bereits angetönt – spielen auch für die Gesellschaft eine ausserordentlich wichtige Rolle: Sie fördern den sozialen Zusammenhalt und damit die Integration. Die Sportvereine – ich glaube, man darf das so sagen – sind genau wie die Volksschule echte Integrationsmaschinen. Alle gesellschaftlichen Schichten treffen sich im Sportverein und verfolgen dort ein gemeinsames Ziel. Das schweisst zusammen – auch ausserhalb des Sportplatzes, der Turnhalle oder der Schwimmhalle und dieser Zusammenhalt, den man dort generiert und aufgebaut hat, hält oft ein Leben lang. Das ist eine ausserordentlich wichtige und wertvolle Leistung. Der Gegenvorschlag ist aber auch als Motivation und Zeichen gedacht*

für die Hunderten, ja sicher Tausenden Ehrenamtlichen, die sich wöchentlich – manchmal täglich – in den Stadtzürcher Sportvereinen, oft über viele Jahre engagieren und damit eben nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Breitensport, sondern auch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Bereits heute werden die vom Sportamt betriebenen Sportanlagen mit gut 80 Prozent und die Badeanlagen mit gut 60 Prozent von der Stadt subventioniert. Trotzdem sind wir der Ansicht, dass eine komplette Befreiung von den Benutzungsgebühren für nicht-kommerzielle Sportorganisationen eine sinnvolle Investition in den Breitensport und die Gesellschaft darstellt und dass der geschätzte Einnahmeausfall von gut 3,5 Millionen Franken pro Jahr zu verkraften ist. Wir danken euch für die Unterstützung des Gegenvorschlags 2.

Kommissionsminderheit 2 Änderungsanträge 1–2 / Kommissionsminderheit Schlussabstimmung über Dispositivziffer 2:

Stefan Urech (SVP): *Die SVP lehnt sowohl die Initiative als auch die Gegenvorschläge ab, und zwar, weil diese extrem teuer sind, aber nichts bringen. Milton Friedman sagte einst: «There is no such thing as a free lunch.» Es gibt keine Gratismahlzeit. Und das stimmt: Die Kalorienzufuhr kostet immer etwas. Aber «there is such a thing as a free workout». Kalorien zu verbrennen – das kann man gratis machen. Es erstaunt mich, dass ich das in diese Richtung erklären muss, wenn ich doch heute vor dem Eingang dieser Messe stand und sah, wie Leute, aus deren Feder diese Gegenvorschläge stammten, bei diesem Sauwetter mit dem Velo hierher gefahren sind und damit beweisen, dass das einzige, das einem im Wege steht, die innere Überwindung ist – da ist es egal, ob man im reichen Zürich wohnt oder in einem mausarmen Ort in dieser Welt. Ich sah Patrik Maillard (AL), Walter Angst (AL) und Jean-Daniel Strub (SP) – ihr habt den Schlüssel, den es braucht, um mehr Sport zu betreiben, nämlich die innere Überwindung. Man muss aber nicht im Regen velofahren, um in der Stadt Zürich Kalorien zu verbrennen. Man kann auf den vielen Schulhauspausenplätzen Basketball und Fussball spielen, man kann mit mir und Shaibal Roy (GLP) entlang der Limmat joggen, man kann – wenn man nicht gerne draussen ist – auf Youtube nach «Squat workout» oder «ten minutes workout» suchen, dann wird einem gratis vorgemacht, wie man Kalorien verbrennen kann. Wenn Sie aber sagen: Joggen, Basketball, Velofahren und Zuhause vor dem Bildschirm meine Kalorien verbrennen ist mir zu blöd, ich verbrenne meine Kalorien nur in einem künstlich geheizten Becken oder auf einer künstlichen, von der Stadt Zürich finanzierten Eisbahn, dann darf das auch vier Franken kosten. Es ist ein irrer Glaube, dass die Überfinanzierung etwas für die Sportförderung bringt. Schauen Sie sich mal die Spitzenfussballer oder die Spitzenläufer beim Zürich Marathon an – das sind alles andere als Leute aus bourgeoisen Schichten, sondern Leute aus Afrika oder den Favelas in Brasilien, die trotz weniger Mittel sehr sportlich aufwuchsen. Es ist mir ein wichtiges Anliegen, zu sagen, dass auch wir von der SVP ein offenes Ohr für diese Anliegen hätten, wenn es eine Aussicht gäbe, dass es etwas bringen würde. Aber wir berufen uns nicht zuletzt auch auf die Umfrage, die der Stadtrat durchführte, die klipp und klar zeigt: nur ein Prozent der Nicht-Sportler sagen, dass finanzielle Gründe sie am Sportmachen hindere. 15 Millionen Franken pro Jahr, um dieses eine Prozent eventuell zum Sportmachen zu bringen, das ist überrissen. Das einzige, was mit dieser Vorlage ins Schwitzen gerät, ist der städtische Finanzhaushalt. Der einzige Mensch, bei dem*

dieser Gegenvorschlag den Puls höherschlagen lässt, ist der Finanzvorsteher. Als Mehrheitsparteien – und das sage ich in Richtung SP, Grüne und AL – haben Sie eine finanzpolitische Verantwortung wahrzunehmen. Wir bewegen uns auf eine Wirtschaftskrise zu, die in Bern als eine grössere Rezession angekündigt wird, und was Sie mit diesem Gegenvorschlag und der Unterstützung dieser Initiative machen, ist kurzsichtig, verantwortungslos und vor allem eine riesige Unsportlichkeit gegenüber der Allgemeinheit.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Beim Zuhören der vorangegangenen Voten könnte man den Eindruck erhalten, wir hätten ein Problem mit den Sportinstitutionen. Aber wir haben kein Problem – ich sehe weit und breit keines, auch nicht mit der Gebührenordnung oder bei den Badeanlagen. Ich erhalte viele Reklamationen und E-Mails zu anderen Themen, aber ich habe noch nie eine E-Mail zum Thema Eintrittspreise bei den Badeanlagen oder für die Sportvereine erhalten. Einfach keine. Es ist kein Problem. Das einzige Problem ist die Initiative. Die Mehrheit hatte offenbar das Gefühl, man müsse dieses Problem lösen, das keines ist. Das bedauere ich am meisten. Sie müssen sehen: Wir haben ein perfekt funktionierendes System, das ein unglaublich gutes Regulativ darstellt. Wir haben sehr viele Vergünstigungen für junge Leute, Leute mit wenig Einkommen, wir haben die Kulturlegi – das sind alles Dinge, die ansonsten als Ausverkaufs- oder Dumpingpreise bezeichnet würden. Es kommen alle Leute in die Badeanlagen oder die Sportvereine rein. Wir haben junge Leute, die dank der Jugendförderung nichts bezahlen. Wir haben ein unglaublich vergünstigtes System – Sie haben die Subventionierungszahlen gehört. Wir erreichen vor allem das Ziel, dass sich die Jungen bewegen. Wir haben weit und breit kein Problem. Ich muss Ihnen sagen: Wenn der Gegenvorschlag angenommen wird – der leider nicht viel besser als die Initiative ist – schaffen Sie uns und sich selbst neue Probleme. Wir werden beim Thema Sportanlagen das Problem haben, dass wir als Sportamt die Verteilung regeln müssen. Wir müssen bei den Badeanlagen ein Crowdmanagement einführen, weil ich Ihnen garantieren kann, dass der Badetourismus zunehmen wird. Ich weiss zwar nicht, um wie viel, aber er wird vor allem zu Spitzenzeiten zunehmen. Und die Spitzenzeiten sind für uns ein Problem und nicht der Durchschnitt. An wunderschönen Tagen, wenn alle gehen möchten, sind wir heute schon am Limit. Das heisst: Wenn wir öffnen, müssen wir erst recht wieder zu machen. Die Drehkreuze können wir sowieso nicht abschaffen, denn wir tragen die Verantwortung für die Badeanlagen, dass keine Badeunfälle passieren, für die Garderobe und so weiter. Wir müssen zusätzliche Leute anstellen, um das Crowdmanagement zu bedienen. Sobald die Badeanlagen voll sind, müssen wir sie schliessen – und das garantiere ich Ihnen hier und heute – für Zürcherinnen und Zürcher. Wir müssen sie genau dann schliessen, wenn alle gehen möchten, weil dann auch jene von aussen kommen und all jene, die gar nicht baden möchten, sondern einfach an einem schönen Ort am Zürichsee liegen möchten. Ich habe Verständnis für dieses Verhalten, das man gar nicht verhindern kann. Man würde dem Sportamt einen Bärendienst erweisen, denn dieses müsste ganz andere Dispositive aufziehen. Das ist keine Erfindung von mir, sondern das höre ich aus dem Sportamt. Man ist besorgt, dass man dies tatsächlich umsetzen müsste, kommt eine solche Vorlage durch. Noch zum finanziellen Bereich: Nehmen wir*

an, es handelt sich um 15 Millionen Franken pro Jahr. Nach zehn Jahren sprechen wir von 150 Millionen Franken – und das in einer Zeit, in der die Defizite erst noch kommen. Es gehört wahrscheinlich in den Bereich der Erlebnispädagogik, dass wir in den Parlamenten und der Regierung erst noch erleben müssen, was es heisst, Hunderte Millionen Franken Defizit zu produzieren – auf Bundesebene sind es Milliarden. In der Schweiz haben wir gut vorgesorgt, es geht uns gut und wir haben ein gutes Eigenkapital. Ich kann Ihnen aber sagen: Dieses Geld ist schnell weg, wenn wir nicht Sorge tragen. Und das ist eine derart unnötige jährliche Ausgabe. Wenn dieser Entscheid gefällt wird, betrachte ich dies als unverantwortlich – auch wenn es sich um einen Mehrheitsentscheid des Parlaments handelt.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Ich spreche direkt über den Gegenvorschlag, denn es kommt nicht darauf an, ob wir vom Gegenvorschlag oder der Initiative sprechen. Der Gegenvorschlag definiert zwar etwas konkreter als die Initiative, wer in den Genuss kommt, aber das macht die Sache nicht viel besser. Im Gegensatz zur Initiative will der Gegenvorschlag zwar «nur» Gratiseintritte für alle in die Freibäder, zusätzlich aber auch gratis Zugang zu allen übrigen Sport- und Badeanlagen für alle in der Stadt Zürich wohnhaften Personen bis 20 und für alle Erwachsenen in bescheidenen Verhältnissen. Und zuletzt will er, was wir auch unterstützt hätten: Den Sportvereinen unentgeltlichen Zutritt zu allen Sport- und Badeanlagen gewährleisten. Zur ersten Forderung, dem Gratiszutritt zu allen Freibädern: Was die Initianten da fordern, ist kein Geschenk an die Stadtzürcher Bevölkerung, sondern an die Bevölkerung des gesamten Kantons – ja der ganzen Schweiz und der Touristen. Die jetzt schon überbelasteten Anlagen – das hat STR Filippo Leutenegger schon gesagt – würden noch überfüllter, das Sardinengefühl wäre vorprogrammiert und da kann man wirklich nicht mehr von Sport sprechen. Es wäre mir sowieso nicht aufgefallen, dass in den Freibädern übermässig viel Sport betrieben würde. Weiter will der Gegenvorschlag allen Stadtzürchern bis 20 sowie allen Erwachsenen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen gratis Zugang zu allen Sport- und Badeanlagen gewähren. Das ist mit einem unglaublich grossen, bürokratischen Aufwand verbunden. Es ist aber auch erniedrigend: Alle sehen, wer keinen Eintritt bezahlt, und von der Stadt als arm abgestempelt wird. Wie gesagt: Das Sporttreiben scheitert in der Stadt Zürich nachweislich nicht am Portemonnaie. Es gibt zig Möglichkeiten gratis, oder fast gratis Sport zu treiben. Wenn ich nun Zutritt zu anderen, heute kostenpflichtigen Sportanlagen erhalte, nützt mir das herzlich wenig. Denn diejenigen Sportarten, die ich nicht sowieso gratis betreiben kann, erfordern meistens eine Ausrüstung oder einen Trainer – das macht den Sport teuer und nicht der Eintritt. Was soll ich auf einem Tennisplatz, wenn ich kein Tennis spielen kann oder auf einer Eisbahn, auf der ich keinen Eislaufunterricht nehmen kann? Aber vielleicht kommt von Links bald die Forderung, man solle allen gratis den Zutritt zu den Golfanlagen ermöglichen und die Golfausrüstung und alles andere gleich mit hinterherzuwerfen. Natürlich: Auf der Eisbahn kann ich ein wenig herumfahren. Damit habe ich aber keinen Sport betrieben. Wir finanzieren damit auch hier ein Freizeitvergnügen. Den letzten Punkt eures Wunschkatalogs, den Sportvereinen unentgeltlichen Zutritt zu allen Sport- und Badeanlagen zu gewähren, hätten wir mitgetragen. Wir hätten so einen viel tieferen Gebührenausschlag und das Geld*

wäre wirklich in den Sport geflossen und nicht ins subventionierte Sonnenbaden. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass Vereine oft Mühe haben, die nötigen Mittel aufzubringen. Liebe SP, AL und Grüne: In dieser Stadt kann wirklich jeder, der will Sport betreiben und zwar auf unzählige Arten. Kein Schulkind muss ohne Sport auskommen: Das Angebot der ausserschulischen Sportkurse ist unglaublich gross. Wenn die Eltern das Geld aber lieber in eine Playstation als in den Sport investieren, so helfen eure Freizeitsubventionen nichts. Der Sport hängt nicht vom Budget ab – ich verweise nochmals auf die bereits erwähnte Umfrage – sondern einzig und allein vom Willen. Ein Sportmuffel wird auch mit Gratiszutritt nicht zur Sportskanone. Dass ihr, nun da auf die Stadt derart viele Kosten zukommen werden, einfach nach dem Giesskannenprinzip Geschenke verteilt, ist eine totale Verantwortungslosigkeit. Das sind jedes Jahr 15 Millionen Franken für den Ausfall an Gebühren und für zusätzliche Stellen für den bürokratischen Aufwand. SVP, FDP und GLP wollten vor dem Kommissionsentscheid vor der Coronakrise noch eine ungefähre Schätzung der finanziellen Lage der Stadt Zürich. SP, AL und Grüne fanden dies aber nicht notwendig. Das ist absolut unbedacht und man sieht einmal mehr, dass das Ausgeben von Geld, das anderen gehört, sehr einfach ist. Die Zeiten für Nice-To-Haves sind nun definitiv vorbei. Die Steuergelder werden in Zukunft weniger fliessen. Wenn ihr Geschenke verteilen wollt, geht zur Sankt-Nikolaus-Gesellschaft – dort könnt ihr euch austoben.

Roger Bartholdi (SVP): Ich spreche als sportbegeisterter Parlamentarier zur Initiative und den Gegenvorschlägen. Man kann mit dem Velo oder zu Fuss Sport treiben, auch wenn wegen der Coronakrise dieses Jahr einige Anlässe ins Wasser gefallen sind. Die Initiative ist ein Etikettenschwindel. Sie suggeriert, man würde aus Zürich eine Sportstadt machen, aber wie der Stadtrat bereits sagte, ist das schon ein Fakt. Die Stadt Zürich ist sportbegeistert und der Sport ist in der Bevölkerung bestens verankert. Nichts destotrotz darf man die Bürgerinnen und Bürger mehr motivieren, Sport zu treiben. Wie kann man dieses Ziel, das wir hier drin alle richtig finden, am besten erreichen? Die Initiative ist, wie der Stadtrat dargelegt hat, kontraproduktiv. Betrachten Sie einmal die Freibäder heute, wenn die Sonne scheint, dann sind die voll. Im Letzigraben bei mir in der Nähe sieht man kaum mehr einen grünen Flecken Wiese, so viele Leute baden in der Sonne. Wenn ich vom Sonnenbaden spreche, dann meine ich genau jene, die faul rumliegen und eben keinen Sport betreiben. Diese würde man mit einem Gratiseintritt fördern – womöglich gar solche von ausserhalb der Stadt. Die eigentlichen Sportler würde man vergraulen. Darum ist die Initiative kontraproduktiv. Der zweistellige Millionenbetrag, den man dafür ausgibt, kommt da noch hinzu. Und das in einer düsteren Zeit, auf die wir hier zusteuern – auch wenn man nicht genau sagen kann, wohin die Reise geht. Weniger Steuereinnahmen, mehr Arbeitslose, etc. Das wird spätestens in zwei Jahren Auswirkungen auf unsere Stadtrechnung haben. Ich komme zum Gegenvorschlag der GLP/FDP. Der erste Satz ist gut: «Die Stadt Zürich setzt sich für die Förderung des Sports ein, besonders gefördert wird der Jugend- und Breitensport.» Da gibt es niemanden, der widersprechen könnte. Beim zweiten Satz geht es genau um den Aspekt der Sport- und Badeanlagen, auf welche nicht-kommerzielle Sportvereine unentgeltlich zugreifen können sollen. Genau dort liegt die Problematik, die ich zuvor angesprochen habe: Dies ist für Sportler kontraproduktiv. Dann stellt sich die Frage, was «nicht-kommerziell» heisst. Ab wann ist eine Sportorganisation nicht-kommerziell? Ein Verein hat

Einnahmen, zum Beispiel über Spenden – dies zu trennen wird sehr schwierig werden. Im Sport passiert es schnell einmal, dass man einen Zustupf erhält. Der dritte Satz besagt: «Für die besondere Nutzung können Gebühren erhoben werden, namentlich für das Stadion Letzigrund.» Klar sind damit primär der FCZ und GC gemeint, aber es gibt noch andere Anlässe im Letzigrund. Ich selbst war an der Eröffnung der Special Olympics Switzerland, ein toller Anlass, an dem Personen mit einer geistigen Herausforderung teilnahmen. Ich durfte selbst in einer Stafette teilnehmen. Es wäre fragwürdig, wenn solche Anlässe eine Gebühr bezahlen müssten. Nun komme ich zum zweiten Gegenvorschlag von den Parteien SP, Grüne und AL, der heute leider eine Mehrheit finden könnte. Ich hoffe noch immer auf die Vernunft, dass nicht alle Mitglieder dieser Parteien zustimmen werden, auch wenn diese Hoffnung klein ist.

Patrik Maillard (AL): *Die Sportinitiative der PdA hat grundsätzlich die volle Sympathie der AL und wir unterstützen sie auch. Dies verwundert wahrscheinlich nicht, weil wir seit jeher für mehr öffentliche Gratisangebote sind. Wir wollen Seeufer, für die man keinen Eintritt bezahlen muss und überhaupt frei zugängliche Seeufer, die nicht bis ganz vorne hin zugebaut werden, wie dies ein Bundesgesetz eigentlich fordert, wir aber leider weit davon entfernt sind. Ich möchte nicht zu viele Worte über den ersten Absatz der Initiative verlieren. Dieser formuliert ein unbestrittenes, programmatisches Ziel. Auch das Ziel, dass man den Zugang für Menschen mit kleinem Einkommen erleichtert, wurde im Gegenvorschlag von SP, AL und Grüne – über den wir eigentlich diskutieren – fast 1:1 übernommen. Es wurde immer wieder von dem einen Prozent gesprochen, das in der Befragung der Stadt angab, dass es nicht finanzielle Gründe seien, warum man keinen Sport treibe. Vielleicht wurde die Frage hier falsch gestellt. Wenn man gefragt hätte: «Geht ihr aus finanziellen Gründen nicht so oft Eislaufen oder ins Hallenbad?», wäre die Umfrage wahrscheinlich etwas anders herausgekommen. Ich gehe mit meinem Sohn häufig Eislaufen. Weil wir dafür nicht auf die Seegfröni warten wollten, haben wir bezahlt. Für Familien mit niedrigem Einkommen sind das relevante Kosten. STR Filippo Leutenegger: Wir haben Bäder mit freiem Eintritt an den Flüssen. Wenn ich dann an den Oberen Letten gehe und dieser ist proppenvoll, gibt es aus meiner Sicht eine gewisse Selbstregulierung – es verteilt sich auf die andere Seite und ich gehe auch wieder, wenn es zu voll ist. Im zweiten Absatz der Initiative bestehen gewisse Unschärfen in der Formulierung, vor allem was die 100 000-Franken-Grenze für nicht-gewinnorientierte Sportorganisationen betrifft. In diesem Punkt haben sich die InitiantInnen für einen Gegenvorschlag offen gezeigt, genauso in der Frage, ob alle – also auch jene, die es nicht nötig haben – von einem freien Eintritt in die städtischen Sportanlagen profitieren können sollten. Hier hakt der Gegenvorschlag von AL, Grünen und SP ein: Die Kosten werden überschaubarer und das eigentliche Ziel, nämlich der freie Zugang zu den öffentlichen Sportanlagen und Bädern für Menschen mit geringem Einkommen, bleibt gewährt. In diesem Sinne hat sich die AL sehr für den freien Zutritt zu den Sommerbädern eingesetzt. Freibäder gratis für alle – das ist nichts Unbekanntes. Wir kennen es, in Bern ist das üblich – dort sind alle Freibäder gratis, es gibt aber auch Freibäder am Zürichsee, die freien Eintritt kennen. Keine dieser Gemeinden ist deswegen verarmt und auch in der Finanzkrise musste diese Dienstleistung an die Bevölkerung nicht wieder rückgängig gemacht werden. Überhaupt sprechen wir hier ausschliesslich über Kosten, die durch den Gegenvorschlag oder die Initiative auf die Stadt zukommen könnten – je nach*

Schätzung zwischen 12 und 15 Millionen Franken. Über den Mehrwert, den ein niederschwelliger Zugang zu Sportanlagen und Bädern im Sinne der Gesundheit, der Integrationsförderung und vom Zusammenhalt innerhalb der Bevölkerung schaffen kann – insbesondere bei den Jugendlichen – wird viel zu wenig gesprochen. Das kann durchaus auch zu geringeren Kosten führen, zu weniger psychischen Problemen zum Beispiel, zu weniger Übergewicht und so weiter. Nur kann man dies nicht so einfach beziffern und berechnen. Was nichts kostet, ist nichts wert. Diesen Spruch haben wir im Zusammenhang mit Initiative und Gegenvorschlag immer wieder gehört. Ist freiwillige Care-Arbeit nichts wert? Ist ehrenamtliche Arbeit nichts wert? Ist die Arbeit der Mütter, die neben der Kinderbetreuung und -erziehung noch den Haushalt führen nichts wert? Entspricht es den Bestrebungen der Gleichstellung der Geschlechter, wenn die eine Flussbadi, in die nur Männer hindürfen, gratis ist und die Frauenbadi – auch eine Flussbadi – Eintritt kostet? Die AL hofft auf die Unterstützung für die Initiative wie auch für den Gegenvorschlag durch den Rat.

Simone Hofer Frei (GLP): *Gratis auf die Eisbahn, gratis ins Schwimmbad, gratis Isostar – es gibt, neben den berechtigten Sorgen um die Finanzen der Stadt und Umsetzungsproblemen, auch noch andere Gründe, die dagegensprechen. Der erste ist pädagogisch: Mein Sohn würde von der Badi am liebsten direkt aufs Eis und am liebsten jeden Tag. Ich regle das über das Taschengeld. Ich will, dass er weiss, dass das Vorheizen des Schwimmbads und das Präparieren glatter Eisflächen seinen Preis haben. Dass es viel Energie und Personal braucht, damit er seinen Spass haben kann. Es soll gar nicht einfach gratis sein. Ich kann das auch etwas abstrakter ausdrücken: Es ist ein klassisches Allmendproblem. Ressourcen werden übernutzt, wenn sie zu billig sind und wenn Kosten und Nutzen am gleichen Ort anfallen. Es ist im Kern der Grund, warum wir das Klima retten müssen. Statt einmal pro Woche aufs Eis, jeden Tag. Statt einem, viele Städtetrips. Die Initiative will das Gegenteil davon, wovon es jetzt mehr braucht: Wir brauchen mehr und nicht weniger Kostenwahrheit und zwar in allen Bereichen des Lebens. Als Bernerin habe ich durchaus Sympathie dafür, dass ich gratis in den Fluss oder in den See eintauchen kann. Aber das kann ich in Zürich. Auch dass ich keinen Eintritt dafür bezahlen muss, um im Wald joggen zu gehen, oder um auf der Quartierwiese Fussball spielen zu können. Das ist auch richtig so und es soll auch jeder die Möglichkeit haben, in die Badi, ins Freibad oder auf die Eisbahn zu gehen – wenn nötig vergünstigt. Aber es soll nicht gratis sein. Warum aber bei den Vereinen? Bei den Vereinen sehe ich das Problem der Übernutzung weniger. Die Zuteilung der Anlagen erfolgt zentral und sie ist beschränkt. Zudem ist die Anlagennutzung für die Vereine per se wertvoll, da es sich um ein knappes Gut handelt. Wenn die Fussballer in der Halle sind, können nicht gleichzeitig die Handballer rein. Zudem ist das, was die Vereine machen, für die Gesellschaft ebenfalls wertvoll. Natürlich geht es beim Gegenvorschlag der GLP auch darum, sich die Unterstützung durch die Sportverbände für eine vernünftige Nutzung der Sportanlagen zu holen und so zu verhindern, dass aus den Bade- und Sportanlagen Partymeilen werden, wie dies in München geschehen ist.*

Ursula Näf (SP): *Die SP steht für das Ziel ein, dass in der Stadt Zürich der Zugang zu Sport- und Badeanlagen für alle möglich sein soll, unabhängig von ihrem Budget. Das Leben in der Stadt Zürich ist teuer, das zeigt sich insbesondere an den Mieten, aber*

auch an den steigenden Krankenkassenprämien, die eine Belastung sind. Viele sind froh, wenn nach diesen grossen Ausgabeposten andere Ausgaben tief sind. Es erstaunt mich, dass hier so getan wird, als würde diese Realität gar nicht existieren, als ob Geldsorgen weltfremd wären. Es ist so, dass viele Leute in der Stadt Zürich Mühe haben, eine Wohnung zu finden, die sie sich leisten können und daneben noch genug Geld zu haben, um sich das Leben zu finanzieren. Diese Realität nicht anerkennen zu wollen, das erstaunt mich. Der Gegenvorschlag ist ein Schritt, um den Zugang zum städtischen Leben für alle zu ermöglichen, um dafür zu sorgen, dass die Teilhabe für alle möglich ist. Natürlich ist es gleichzeitig eine Massnahme zur Sportförderung. Wenn man einen niederschweligen Zugang zum Schwimmsport hat, dann kann einen dies motivieren, regelmässig schwimmen zu gehen oder sogar einem Schwimmverein beizutreten. Ich denke da insbesondere an Kinder und Jugendliche. Wenn Eintritte wegfallen und eine stärkere Finanzierung über die Steuern stattfindet, können die Kosten solidarisch getragen werden. Das heisst, dass diese mehr beitragen, die auch mehr haben und dass jene, die weniger haben, weniger bezahlen müssen. Es wird auf die einzelne finanzielle Situation der Leute Rücksicht genommen. Dies ist gerade für Haushalte wichtig, die wegen der wirtschaftlichen Unsicherheiten zu kämpfen haben. Noch ein Wort zum Bade-tourismus: Ich halte das für einen Mythos. Schon nur das Ticket für den ÖV aus der Agglomeration oder für den Parkplatz, den man bezahlen müsste, um in der Stadt Zürich baden zu können, hebt den Vorteil schon mehr oder weniger auf, den man durch den Gratis Eintritt hätte. Mit Blick auf eine allfällige Umsetzung: Wenn man bei der Kulturlegi ansetzen möchte, um Leute mit knappen finanziellen Mitteln zu erreichen, finde ich es wichtig, dass man daran denkt, das Angebot möglichst niederschwellig zu ermöglichen. Leistungen, die beantragt werden müssen, haben immer die erste Schwierigkeit, die Leute, die man möchte auch zu erreichen. Das heisst, man muss daran arbeiten, das Angebot der Kulturlegi dort bekannter zu machen, wo es die Leute auch wirklich brauchen. Man muss sprachliche und administrative Hürden abbauen und so den Zugang möglichst einfach halten. Die SP unterstützt den Gegenvorschlag und es würde mich freuen, wenn Sie diesem Beispiel folgen.

Johann Widmer (SVP): *Da kann ich nicht ruhig sitzen, da muss ich heute Abend unbedingt eine Bombe platzen lassen. Ich bin mir gewohnt, dass der Rat jeden Mittwochabend für jeden Mist Geld zum Fenster rauswirft. Die Linke will sowieso immer alles gratis haben: Trams, Wohnen, Baden, Sport machen – wo ist da die Grenze? Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Dieses Treiben hat ein Wort: real existierender Sozialismus. Und wo das geendet hat, konnte man 1989 sehen – zumindest jene, die alt genug sind, so wie ich. Ich habe diese Zeiten beruflich und geschäftlich erlebt. Das wollt ihr in dieser Stadt einführen. Acht Franken für einen Badeeintritt, das ist eine lächerliche Sache. Das wollt ihr abschaffen? Wer eine Kulturlegi hat, bezahlt sowieso nicht viel. Wenn Ihr schon alles gratis machen wollt: Ich will Gratisparkplätze. Das gehört auf die Kulturlegi. Ein Gratisparkplatz in dieser Stadt ist ein Menschenrecht. So viel zum real existierenden Sozialismus. Macht weiter so.*

Urs Riklin (Grüne): *STR Filippo Leutenegger, Sie haben eine E-Mail erhalten. Ich nehme an, Sie erhalten sehr viele E-Mails zu sehr vielen Themen und vielleicht sind einige im Spamfilter hängen geblieben, in denen sich die Leute darüber freuen würden,*

wenn sie keinen Eintritt bezahlen müssten. Sie sagten, wir hätten in der Stadt Zürich kein Problem und ein gut funktionierendes System. Das stimmt: Die Stadt Zürich ist sehr vorbildlich und man erhält mit der Kulturlegi viele Vergünstigungen. Andere Städte haben das nicht. Wie ich in meinem Votum zuvor gesagt habe, geht es um eine Grundsatzfrage, ob man eine Dienstleistung für die Gemeinschaft erbringen möchte. Apropos Gemeinschaft: Nach all den Voten, die wir heute gehört haben, könnte man meinen, die Stadt Zürich würde an der «tragedy of the commons» zugrunde gehen, es würde ein riesiger Badetourismus mit übervollen Badis entstehen und man müsste die Badis darum schliessen. Auch ich halte dies für ein unnötiges Schreckgespenst. Wir haben es gehört: in Bern sind die Badis auch gratis, müssen nicht geschlossen werden, sind nicht übervoll und es funktioniert perfekt. Wir haben auch in Zürich fünf Gratisbäder: Oberer und Unterer Letten, Männerbadi, Badi bei der Werdinsel und der Katzensee. Die Situation produziert auch viele Ungleichheiten. Vier dieser fünf Gratisbäder sind Flussbäder. Dort kann man nicht mit Kindern baden gehen. Das ist nur am Katzensee möglich. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Männerbadi gratis ist und ich habe noch nie gehört, dass diese hätte geschlossen werden müssen, dass diese übervoll sei oder kaputt gemacht werde, nur weil es keinen Eintritt kostet. Auf der anderen Seite: Bei der Frauenbadi muss man Eintritt bezahlen. Auch da werden Ungleichheit und Ungerechtigkeit produziert. Es geht darum, ob man ein Gut kostenlos zur Verfügung stellen möchte und darum befürworten die Grünen sowohl die Initiative wie auch den Gegenvorschlag.

Roger Föhn (EVP): Die Gruppe EVP lehnt die Initiative «Sportstadt Züri» ab. Ebenso lehnen wir auch den Mehrheitsvorschlag ab, wonach Badis und andere Sportanlagen gratis sein sollen. Auch wir teilen die Bedenken, dass die Anlagen überrannt werden könnten, respektive völlig überfüllt sein könnten. Wir unterstützen hingegen den Vorschlag von FDP und GLP, dass die Vereine gratis die Sportanlagen nutzen dürfen.

Michael Schmid (FDP): Ich kann einleitend sagen: In der Sache kann ich mich allem anschliessen, was die Referenten von FDP, SVP und GLP bereits vorgetragen haben. Ich muss noch ein wenig parteipolitisch werden. Als Fraktionspräsident der zweitgrössten Fraktion spreche ich den Präsidenten der grössten Fraktion an: Das Verhalten heute und die angekündigte Positionierung in dieser Vorlage zeigt exemplarisch den deplorablen Zustand, in dem sich die SP-Fraktion befindet. Da kommt eine linke Kleinstpartei mit der Mutter aller populistischen Forderungen als ihr Wahlkampfvehikel für die Gemeinderatswahlen 2018, Kantonsratswahlen 2019 und für 2022 sollte es wohl auch noch gut sein. Die meisten, die von dieser Partei gehört haben, haben das Glück, sie nur aus Geschichtsbüchern zu kennen – mit einigen Ausnahmen – und waren also von ihr bis jetzt verschont geblieben. Jetzt müsste man im Protokoll noch festhalten: Lachen aus der AL-Fraktion oder den Grünen – irgendwo aus diesem Sektor. Da kommt also diese Partei und die SP wirkt bei einem Gegenvorschlag mit, bei dem man insbesondere die finanzpolitischen Unterschiede zur Initiative mit der Lupe suchen muss. Ich glaube, da verstehen Sie mein Erstaunen und, dass ich auf die Delegiertenversammlung der stolzen SP Stadt Zürich hoffe, dass diese ihre Fraktion umkehren wird.

Roger Bartholdi (SVP): Nach dem Fraktionspräsident der zweitgrössten Partei, spricht

der Fraktionspräsident der drittgrössten Partei. Es ist einigermaßen komplex: Wir haben eine Initiative, einen Gegenvorschlag GLP/FDP und einen Gegenvorschlag von Links-Grün. Da muss man ein paar Minuten länger sprechen können. Nun komme ich genau zu diesem Gegenvorschlag von Links-Grün, dessen Auswirkungen ich Satz für Satz erklären möchte. Beim ersten Satz geht es darum, dass man den Sport fördern möchte und von der Bevölkerung als «bewegungsaktiv» spricht. Das ist gut, es gibt nämlich sicher auch Sportarten, die nicht so bewegungsaktiv sind. Dann kommt: «Besonders gefördert wird die sportliche Aktivität von Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen.» Da wird es spannend, da muss jemand offen sagen: «Ich bin Sozialhilfeempfänger oder habe ein zu kleines Einkommen.» Wo soll man das deklarieren? Da müssen AL, SP und Grüne mal überlegen – das sind ja gerade die Kreise, die immer jammern, wenn der Staat alles wissen will, der Datenschutz ausgehebelt wird, man alles gegenüber jedem offenlegen muss und man vielleicht sogar eine Armbinde tragen muss, die sagt «ich bin Sozialhilfeempfänger». So schlimm wird es sicher nicht, aber Sie müssen eine Kontrolle aufziehen, um genau diese Personen zu fördern. Es ist ganz schwierig, dass jemand offenlegen muss, dass er unter der Armutsgrenze lebt. Weiter geht es damit, dass die Freibäder gratis sein müssen – da habe ich bereits ausgeführt, dass dies Nonsense ist. Damit halten Sie genau jene vom Sport ab, die Sport treiben möchten, da die Bäder dann erst recht überfüllt sein werden und die Sportler in andere Bäder ausweichen müssen – vielleicht sogar ausserhalb der Stadt Zürich. Beim dritten Satz kommt eine neue Limite und man spricht von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 20 Jahre. Da muss man also das Alter kontrollieren. Dann: wohnhaft in der Stadt Zürich – auch dies muss kontrolliert werden. Und: Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen. Auch da ist der gläserne Bürger gefragt. Man muss beim Hallenbadeintritt alles präsentieren – etwa mit einer Karte. Bei Sans-Papiers ist man immer grosszügig, aber hier will man alles vom Bürger wissen. Bei der Umsetzung kommt die Diskriminierung derjenigen Personen, die sie kaum diskriminieren wollen. Der vierte Abschnitt spricht die Benützung der von der Stadt Zürich betriebenen Sport- und Badeanlagen durch städtische Sportvereine und andere städtische Sportorganisationen zu nicht-kommerziellen Zwecken. Wo beginnt ein nicht-kommerzieller Zweck? Das ist in der Praxis sehr schwierig abzugrenzen – etwa bei einem Verein, der Spenden erhält oder Werbeträger hat. Dies abzuklären, wäre mit einem riesigen administrativen Aufwand verbunden, so dass die genannten Millionenbeträge bei weitem nicht reichen werden. Alle werden wütend werden über die Umsetzung, insbesondere jene, die bei diesen Sportanlagen arbeiten. Der letzte Punkt bezieht sich auf das Stadion Letzigrund. Da habe ich schon gesagt, dass es völliger Nonsense ist, wenn ein Anlass wie die Special Olympics plötzlich etwas bezahlen muss und alle anderen nicht. Da kann ich nur nein sagen.

Martina Zürcher (FDP): Die ReferentInnen von SP, Grüne und AL sagten, es sei wichtig, dass alle Zugang zu Bade- und Sportanlagen hätten und diese darum gratis sein müssten. Ich verstehe sie da nicht ganz. Ich treibe in dieser Stadt viel Sport: Sei es auf dem Vitaparcours, joggend der Limmat entlang, Krafttraining auf der ZüriFit-Anlage, Schwimmen in Fluss und See – meist ausserhalb der Badeanlagen, viele Kilometer auf dem Velo und so weiter. Das alles ist gratis.

Andreas Kirstein (AL): Nach dem etwas bemühenden Anfang dieses Abends bin ich hochofregt, dass noch etwas positive Stimmung aufkommt. Dies haben wir nicht zuletzt dem Votum von Johann Widmer (SVP) zu verdanken, der es auf den Punkt gebracht hat. Sie haben vollkommen recht: Das Ganze reiht sich in ein grosses Thema ein, das die Linke seit fast 100 Jahren beschäftigt und das ist der Gemeindesozialismus. Der Gemeindesozialismus betrifft einerseits die Notwendigkeit, alle städtische Infrastruktur in öffentlicher Hand zu halten und er beinhaltet ebenfalls, dass man die öffentlichen Güter zu möglichst tiefen Preisen anbietet – am besten kostenfrei. Dies sprechen wir bei den Gebühren regelmässig an. Wir haben es den Kalter-Krieg-Reflexen von Michael Schmid (FDP) zu verdanken, dass es etwas zu feiern gibt. Wir haben den Vorstoss einer Kleinstpartei zu verdanken, die als Absender vielleicht nicht allen gefällt. Denn auch die SP trägt neben einer sozialistischen auch eine lange antikommunistische Tradition mit sich. Diese SP brachte mit AL und Grünen die Kraft auf, einen Gegenvorschlag zu entwickeln. Der Stadtrat hat diese Kraft nicht aufgebracht. Es spricht für dieses Parlament und seine Kommission, dass man hier einen ausgezeichneten Vorschlag ausgearbeitet hat. Ob er auch das Lob der Partei der Arbeit findet, wird sich noch zeigen und sie also ihre Initiative zurückziehen oder nicht. Tun sie das nicht, haben wir die Gelegenheit, uns an der Urne zwischen zwei wunderbaren Sachen zu entscheiden. Hört man STR Filippo Leutenegger zu, steht der Untergang des badenden Abendlandes mit Annahme der Initiative unmittelbar bevor. Vor lauter Untergangsängsten ging die Logik abhanden: Auf der einen Seite sagt man, es würde die Leute nicht zu mehr Sport animiert, wenn es gratis ist. Gleichzeitig befürchtet man den Einfall der städtischen und ausserstädtischen Hunnen, die die Badeanstalten fluten und somit verhindern, dass die Stadtzürcherin, die uns plötzlich enorm am Herzen liegt, und der Stadtzürcher in die Badi können. Ich glaube, es haben alle hier drin gemerkt, dass dies reine Unkenrufe und der Unwille sind, dies umzusetzen. Ich bin sicher, dass die Verwaltung fähig ist, diese moderaten Vorschläge vernünftig umzusetzen und die Bevölkerung wird es uns danken – vielleicht durch mehr Sport, aber auf jeden Fall durch mehr Spass in den Badeanlagen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Ich habe eigentlich immer Freude an einer Diskussion und an Auseinandersetzungen. Das einzige, was mich stört, lieber Andreas Kirstein (AL) ist der zynische Unterton. Jene, die Argumente bringen, sind keine Deppen, auch nicht der Stadtrat.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Davy Graf (SP): Ich danke Genosse Andreas Kirstein (AL) für die Worte und Ex-Kampfgenosse STR Filippo Leutenegger für seine Replik. Michael Schmid (FDP) erwähnte die SP und forderte auf, Antwort zu geben. Dieses Spiel wird sich in nächster Zeit noch wiederholen, so dass man – wie in einem englischen Parlament – ein Hickhack daraus macht. Ich bin stolz, dass links noch ein breites Spektrum an Parteien, Bewegungen und Menschen existiert, die denken und zur Stadt etwas beitragen möchten. Auf der rechten Seite ist es so, dass FDP und SVP erfolgreich alles aufgesogen haben, das rechts von Ihnen ist. Dort herrscht Wüste. Links herrscht Vielfalt – das ist eigentlich

gut. Zweitens muss ich sagen: Wenn man hier vorne hinsteht und sagt, «Ihr als SP-Mehrheit habt euch über den Tisch ziehen lassen von einer PdA», dann muss ich sagen: sie haben ein Instrument gewählt, das in der Verfassung dieser Stadt, dieses Kantons erwähnt ist. Nämlich das Initiativrecht. Sie gingen auf die Strasse, sammelten 4000 Unterschriften, haben Leute für ihre Idee überzeugt. Wir hier drin haben die Aufgabe, dies ernst zu nehmen. Es könnte eine Einzelperson sein, die dies einreicht und wir müssten es genauso ernst nehmen, genauso würdigen und uns genauso damit auseinandersetzen und eventuell einen Gegenvorschlag ausarbeiten, wenn wir finden, dass es prüfenswerte Aspekte gibt. Und in dieser Initiative gibt es Aspekte, die prüfenswert sind. Diese wurden in einer mühseligen, aber fruchtbaren Diskussion in der Kommission aufgenommen. Die FDP hat das Mantra des Vorher-Nachher. Aus linker Sicht kann ich dir sagen: Es gab schon viele Krisen und es gab immer ein Vorher und ein Nachher. Leider mussten wir feststellen, dass die Bankenregulierung und das Steuergesetz nachher noch immer gleich waren. Wir müssen also erst noch sehen, wie das Nachher aussehen wird. Lasst uns weiterarbeiten und weiterdenken. In diesem Fall hat uns die Covid-Krise etwas gelehrt. Ich möchte daran erinnern, dass es Leute gab, die am Zaun da vorne gerüttelt haben und auch in der Presse die Aufforderung stand, den Zaun zu entfernen. Ich muss die Sicherheitsvorsteherin loben, dass sie da standgehalten hat. Aber für viele Leute in dieser Stadt sind Eintrittsgebühren genau ein solcher Zaun. Sie stehen davor und haben einen Gitterblick. Genauso wie wir hier von diesem Areal. Deswegen ist der Push richtig, den wir mit diesem Gegenvorschlag machen. Es handelt sich bei den Badeanlagen in dieser Stadt um öffentlichen Raum, der öffentlich genutzt werden soll. Letztendlich wird die Frage, die man dem Stimmvolk stellt, sehr einfach sein – keine, die irgendwelche Juristen oder Anwälte decodieren müssen; keine, in die sich etwas hineinschleicht oder hineinmogelt. Sondern bloss: «Wollt ihr, dass unsere Freibäder gratis sind?» Ja.

Stefan Urech (SVP): *Ich habe dieser Debatte gerne und genau zugehört. Wir sprachen über den Sinn und Unsinn des Sozialismus', vom Joggen-Gehen, ob es ein Grundrecht ist, in der Stadt Zürich Eislaufen zu gehen oder Längen zu schwimmen. Was mich von linker Seite erstaunt: Von all euren Referenten ging niemand auf die 15 Millionen Franken jährlicher Ausfälle ein, um zu erklären, wie ihr das mit einer drohenden Krise stemmen möchtet, bei der Hunderte von Millionen Franken ausfallen werden und Defizite anstehen. Es ist ein aktives Augen-Verschliessen vor der finanzpolitischen Realität. Ihr habt als Mehrheitsparteien eine finanzpolitische Verantwortung und ihr lasst euch, wie es Michael Schmid (FDP) richtig sagte, von einer Partei führen, die auf ihrer Website mehrere Sätze einleitet, mit «Der Revolutionsführer Che Guevara lehrt uns...». Ich habe das Gefühl, dass Ihr glaubt, Che Guevaras zu sein. Das seid Ihr nicht. Ihr habt eine Verantwortung als Mehrheitsparteien, die Ihr nicht wahrnehmt.*

Änderungsanträge 1–2, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sportstadt Züri» vom 12. September 2017 beschlossen:

Art. 2^{novies} GO (neu)

¹ Die Stadt Zürich setzt sich aktiv für die Förderung des Sports und für die Erhöhung des Anteils der bewegungsaktiven Bevölkerung in allen Alterskategorien ein und gewährt möglichst allen Menschen Zugang zum Sport. Besonders gefördert wird die sportliche Aktivität von Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen.

² Der Eintritt in die von der Stadt Zürich betriebenen Freibäder ist für alle Badegäste unentgeltlich.

³ Der Eintritt in die übrigen von der Stadt Zürich betriebenen Sport- und Badeanlagen ist für in der Stadt Zürich wohnhafte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 20 Jahre sowie für in der Stadt Zürich wohnhafte Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen unentgeltlich.

⁴ Die Benutzung der von der Stadt Zürich betriebenen Sport- und Badeanlagen durch städtische Sportvereine und andere städtische Sportorganisationen zu nicht kommerziellen Zwecken ist unentgeltlich.

⁵ Für besondere Nutzungen können Gebühren erhoben werden, namentlich für die Benutzung des Stadions Letzigrund.

Die Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sportstadt Züri» vom 12. September 2017 beschlossen:

Art. 2^{novies} GO (neu)

¹ Die Stadt Zürich setzt sich aktiv für die Förderung des Sports ein. Besonders gefördert wird der Jugend- und Breitensport.

² Die Benutzung der von der Stadt Zürich betriebenen Sport- und Badeanlagen durch städtische Sportvereine und andere städtische Sportorganisationen zu nicht kommerziellen Zwecken ist unentgeltlich.

³ Für besondere Nutzungen können Gebühren erhoben werden, namentlich für die Benutzung des Stadions Letzigrund.

Die Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.

Mehrheit:	Ursula Näf (SP), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit 1:	Isabel Garcia (GLP), Referentin; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP)
Minderheit 2:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)

19 / 20

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	15 Stimmen
Antrag Mehrheit	67 Stimmen
Antrag Minderheit 1	<u>37 Stimmen</u>
Total	119 Stimmen
= absolutes Mehr	60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sportstadt Züri» ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Art. 2^{novies} GO (neu)

¹ Die Stadt Zürich setzt sich aktiv für die Förderung des Sports und für die Erhöhung des Anteils der bewegungsaktiven Bevölkerung in allen Alterskategorien ein und gewährt möglichst allen Menschen Zugang zum Sport. Besonders gefördert wird die sportliche Aktivität von Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen.

² Der Eintritt in die von der Stadt Zürich betriebenen Freibäder ist für alle Badegäste unentgeltlich.

³ Der Eintritt in die übrigen von der Stadt Zürich betriebenen Sport- und Badeanlagen ist für in der Stadt Zürich wohnhafte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 20 Jahre sowie für in der Stadt Zürich wohnhafte Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen unentgeltlich.

⁴ Die Benutzung der von der Stadt Zürich betriebenen Sport- und Badeanlagen durch städtische Sportvereine und andere städtische Sportorganisationen zu nicht kommerziellen Zwecken ist unentgeltlich.

⁵ Für besondere Nutzungen können Gebühren erhoben werden, namentlich für die Benutzung des Stadions Letzigrund.

Mitteilung an den Stadtrat

20 / 20

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat